

05.093

**11. AHV-Revision
(Neufassung).
Leistungsseitige
Massnahmen**
**11e révision de l'AVS
(nouvelle version).
Mesures relatives
aux prestations**

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1957)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1917)
Nationalrat/Conseil national 17.03.08 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 17.03.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.03.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.03.08 (Fortsetzung – Suite)

05.094

**11. AHV-Revision
(Neufassung).
Einführung
einer Vorruhestandsleistung**
**11e révision de l'AVS
(nouvelle version).
Introduction
d'une prestation de préretraite**

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 2061)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 2019)
Nationalrat/Conseil national 17.03.08 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 18.03.08 (Fortsetzung – Suite)

06.107

Für ein flexibles AHV-Alter. Volksinitiative

Pour un âge de l'AVS flexible. Initiative populaire

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 21.12.06 (BBl 2007 413)

Message du Conseil fédéral 21.12.06 (FF 2007 387)

Nationalrat/Conseil national 17.03.08 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 18.03.08 (Fortsetzung – Suite)

05.093

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit

(Rechsteiner-Basel, Fehr Jacqueline, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini, Schenker Silvia, Teuscher)
Nichteintreten

Antrag der freisinnig-demokratischen Fraktion

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, eine neue, umfassende AHV-Revisionsvorlage auszuarbeiten, die eine echte Flexibilisierung des Rentenalters (inklusive der Förderung von Teilzeitarbeit) sowie gezielte Anreize für den Verbleib von älteren Personen im Erwerbsleben beinhaltet.

Proposition de la majorité

Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Rechsteiner-Basel, Fehr Jacqueline, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini, Schenker Silvia, Teuscher)

Ne pas entrer en matière

Proposition du groupe radical-libéral

Renvoi au Conseil fédéral,

qui est chargé d'élaborer un nouveau projet de révision global; celui-ci prévoit une véritable flexibilisation de l'âge de la retraite (favorisant notamment le travail à temps partiel) et des mesures ciblées incitant les travailleurs âgés à rester dans la vie active.

05.094

Antrag der Kommission

Nichteintreten

Proposition de la commission

Ne pas entrer en matière

Bortoluzzi Toni (V, ZH), für die Kommission: Der Bundesrat hat uns ja die Neuauflage der 11. AHV-Revision in zwei Teilen zukommen lassen. Der eine Teil betrifft leistungsseitige Massnahmen, der andere Teil die Einführung einer Vorruhestandsleistung.

Um es vorwegzunehmen: Die Kommission beantragt Ihnen, nur den ersten Teil zu beraten und auf die Einführung einer Vorruhestandsleistung – das wäre dann die Vorlage 05.094 – nicht einzutreten. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung, im Ergänzungsleistungsgesetz diese Vorruhestandsleistung einzuführen, muss als nicht geeignet bezeichnet werden, weil diese Leistung im Rahmen des freien Personenverkehrs dann gelegentlich «exportiert» werden müsste. Damit entfällt einer der Hauptgründe, welche ursprünglich einmal für diese Lösung gesprochen haben. Das

also vorweg: Diese Vorruhestandsregelung, die der Bundesrat vorschlägt, würde gemäss Antrag der Mehrheit entfallen. Der Bundesrat legt uns im Entwurf zu den leistungsseitigen Massnahmen – also in der Vorlage 05.093 – folgende Elemente vor, die als die wichtigsten genannt werden können: Es geht einmal um die gleiche Beitragspflicht für Männer und Frauen, das heisst um das Rentenalter 65 für beide Geschlechter; im Bereich der Beiträge dann um verschiedene kleinere Korrekturen, dazu – das verdient besondere Erwähnung – um die Aufhebung des Freibetrags für Rentnerinnen und Rentner; ferner um die Anpassung der Renten, in diesem Zusammenhang dann auch um die Anpassung des Ausgleichsfonds, dessen Stand neu auf 70 Prozent einer Jahresausgabe der AHV gesenkt werden soll, was bei Unterschreitung dieses Fondsstandes dann aber Wirkung auf die Rentenanpassung hat. Ein weiteres Element ist die Ausdehnung des heute schon bestehenden Vorbezugs, indem ab 60 Jahren halbe Renten vorbezogen werden können, allerdings immer mit einer versicherungstechnischen Kürzung. Neu soll auch der Aufschub der halben Rente möglich sein – wiederum versicherungstechnisch begünstigt –, bisher konnten nur ganze Renten bis zum Alter von 70 Jahren aufgeschoben werden. Im Sinne der Flexibilisierung zwischen dem 60. und dem 70. Altersjahr soll neu also auch der Bezug von halben Renten möglich sein. In der Übergangsregelung wird die Erhöhung des Rentenalters der Frau für die betroffenen Jahrgänge mit einem abgefederten Vorbezug begleitet; diese können davon profitieren, indem es dort also nur zum halben Kürzungssatz kommt. Das ist eine Fortsetzung der Massnahme, die bereits bei der 10. AHV-Revision, bei der Erhöhung des Rentenalters für Frauen von 62 auf 64 Jahre, eingeführt wurde.

Als letzter Punkt dann noch eine Bemerkung zu den Anpassungen in den übrigen Gesetzen, welche sonst zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass geben: Hier geht es aber im Bereich der Gesetzgebung über die berufliche Vorsorge doch um eine beachtliche Anpassung. Es soll im Reglement erlaubt sein, wie in der AHV Vorbezugs- und Aufschubsregelungen aufzunehmen, die dann wirklich flexible Lösungen zulassen, also gleichzeitig eine Anpassung der zweiten an die erste Säule.

Die Kommissionmehrheit beantragt Ihnen, im Wesentlichen dem Bundesrat zu folgen. Hauptdiskussionspunkt war die Frage der Einführung einer Vorbezugsregelung ohne versicherungstechnische Kürzung. Eine Subkommission hat sich mit verschiedenen Modellen befasst, unter anderem auch mit Vorschlägen, die Erwerbszeit als neues Element für einen begünstigten Vorbezug aufzunehmen. Diese Variante musste verworfen werden – leider, muss ich aus persönlicher Sicht sagen, weil damit Personen mit langer Berufstätigkeit, also vor allem körperlich anspruchsvollen Tätigkeiten, hätten bevorzugt werden können. Ob ein solches Modell ohne oder mit Mehrkosten ausgefallen wäre, muss nicht mehr beantwortet werden, weil der freie Personenverkehr, welcher die Gleichbehandlung vorschreibt, ein Modell mit Erwerbszeit praktisch undurchführbar gemacht hätte. In verschiedenen EU-Staaten kann die Erwerbszeit ja nicht festgestellt werden, das wird dort gar nie registriert.

Die Subkommission hat dann der Kommission ein Modell vorgeschlagen, welches sich am Einkommen orientiert. Dafür gibt es verschiedene Varianten, welche in Form von Minderheitsanträgen auf der Fahne ersichtlich sind. Die Kommissionssprecher werden dann in der Detailberatung darauf zurückkommen.

Der Grundsatz, die durch die Erhöhung des Rentenalters der Frau eingesparten Mittel für ein flexibles Modell zu verwenden, hat sich in der Kommission zuerst einmal als mehrheitsfähig erwiesen. Ein Alternativvorschlag, die etwa 600 Millionen Franken für die Linderung der «Ehestrafe» zu verwenden, fand keine Mehrheit und wurde hier auch nicht mehr aufgenommen. Am Schluss der Beratung hat sich dann allerdings die Variante des Bundesrates mit Stichtentscheid des Präsidenten durchgesetzt. Die wechselnden Entscheide kamen immer im Beisein praktisch aller 25 Kommissionsmitglieder zustande. Das zeigt, wie knapp die Stim-

menverhältnisse in der Kommission jeweils waren. Der Verzicht seitens der Mehrheit, die AHV-Revision mit Elementen zu versehen, welche zur Leistungsausdehnung beitragen, ist grundsätzlich mit der steigenden Soziallast in unserem Land und mit der unbestrittenen Herausforderung der sich verändernden Altersstruktur unserer Bevölkerung in den kommenden Jahren zu begründen, welche die AHV natürlich besonders belastet, aber auch andere Sozialwerke einer grösseren Belastung aussetzt.

Sicher verschlechtert sich künftig das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern aus Sicht der AHV; heute ist es etwa ein Verhältnis von 3 zu 1, in wenigen Jahren wird es 2,5 Berufstätige auf 1 Rentner geben. Diese Situation bedeutet eine besondere Herausforderung für die AHV. Auch wenn der derzeitige finanzielle Zustand der AHV als gut bezeichnet werden kann, sind die Aussichten aufgrund der nach wie vor steigenden Lebenserwartung und der geburtenstarken Jahrgänge, die ins Rentenalter kommen, nicht besonders rosig. Je nach wirtschaftlicher Entwicklung dürften wir in sieben bis zehn Jahren vor der Frage stehen: Wie weiter? Neue Mittel zuführen, also Abgaben zugunsten der AHV sprechen? Das wäre eine Variante. Das Rentenalter erhöhen? Das wäre eine weitere Variante. Oder die Leistungen kürzen? Das sind die Möglichkeiten, die in einem solchen Fall offenstehen. Aufgrund der Aussicht, mit solchen Fragen gelegentlich konfrontiert zu werden, beantragt Ihnen die Mehrheit eine Revision ohne Ausbau der Leistungen. Das ist ein kleiner, transparenter Schritt in die richtige Richtung.

Namens der Kommissionmehrheit beantrage ich Ihnen also Eintreten auf die Vorlage 05.093, «11. AHV-Revision. Leistungsseitige Massnahmen». Wie vorhin bereits gesagt, beantragen wir bei der Einführung einer Vorruhestandsregelung, der Vorlage 05.094, Nichteintreten.

Nun noch ein paar Bemerkungen zur dritten Vorlage in diesem Paket: Hier geht es um die Volksinitiative der Gewerkschaften «für ein flexibles AHV-Alter». Die Initiative sieht vor, für gewisse Einkommen eine ungekürzte AHV-Rente ab Alter 62 auszurichten. Die Voraussetzung, die dazugehört, ist, die Erwerbstätigkeit aufzugeben. Auch eine Teilpensionierung ist dann möglich, mit teilweiser Aufgabe der Erwerbstätigkeit. Das sind die wichtigen Elemente dieser Volksinitiative.

Die Kosten dieser Massnahmen liegen bei gegen 2 Milliarden Franken. Weil auch in dieser Initiative das gleiche Rentenalter für Frau und Mann vorgesehen ist, müssen auch hier die Mehreinnahmen abgezogen werden, welche die Folge der Erhöhung des Rentenalters der Frauen sind. Das ergibt laut den Initianten eine Nettolast von etwa 1,3 Milliarden, die aufgrund dieser Initiative auf die AHV zukommen würde. Man kann aber durchaus davon ausgehen, dass dieses attraktive Angebot dann stärker benutzt wird – mit entsprechend höheren Folgekosten. Aber es lohnt sich nicht, darüber zu streiten, weil die Kommissionmehrheit klar der Meinung ist, dass damit ein verfehltes, also generell ein falsches Signal für ein tieferes Rentenalter ausgesendet wird. Zudem ist die damit verbundene Erwerbsaufgabe oder die entsprechende Auflage kaum kontrollierbar.

Erlauben Sie mir dazu die persönliche Aussage: Erwerb und damit verbundene Arbeit zu verbieten ist meines Erachtens gesellschaftlich ein völlig verfehelter Weg.

Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 16 zu 8 Stimmen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Triponez Pierre (RL, BE), pour la commission: En mai 2004, le peuple suisse a rejeté le premier projet de 11e révision de l'AVS et il a rejeté également à l'époque une augmentation du taux de la TVA proposée pour le financement de ce projet ambitieux. Suite à cet échec, le Conseil fédéral a envisagé de réformer l'AVS par étapes. La première étape doit mettre l'accent sur la pérennisation du système et sur l'extension des possibilités de retraite à la carte; la présente 11e révision de l'AVS (nouvelle version) n'a donc pas pour ambition de résoudre les graves problèmes structurels auxquels l'AVS devra faire face au cours des prochaines décennies.

Concrètement, le Conseil fédéral a présenté le 21 décembre 2005 deux messages distincts pour la première étape: un message sur les mesures relatives aux prestations et un message concernant l'introduction d'une prestation de préretraite. En ce qui concerne le premier message, les mesures relatives aux prestations, le Conseil fédéral envisage de fixer le niveau du fonds de compensation de l'AVS à 70 pour cent des dépenses annuelles de l'AVS et d'introduire un mécanisme de ralentissement, voire de suspension de l'adaptation des prestations à l'évolution économique, au cas où le taux de couverture du fonds descendrait en dessous de 70 pour cent et de 45 pour cent, respectivement, des dépenses annuelles.

Le projet prévoit aussi d'uniformiser l'âge de la retraite à 65 ans pour les hommes et pour les femmes. De plus, il prévoit d'assouplir la réglementation actuelle de la retraite anticipée et de la retraite ajournée. Les femmes et les hommes pourront ainsi anticiper le versement de leur rente entière de vieillesse dès l'âge de 62 ans, avec une réduction actuarielle, et il sera également possible d'anticiper une demi-rente de vieillesse à partir de 60 ans.

D'autre part, la possibilité d'ajourner le versement d'une demi-rente ou d'ajourner le versement de la prestation de moins d'une année sera introduite. Le projet du Conseil fédéral envisage aussi de supprimer la franchise de cotisation dont bénéficient les retraités actifs, tout en introduisant la possibilité de majorer les rentes de vieillesse des personnes qui continuent d'exercer une activité lucrative après l'âge de la retraite. Enfin, le Conseil fédéral veut faciliter la mise en oeuvre de l'AVS par l'introduction de plusieurs mesures de nature technique. Ceci pour le premier message.

Dans le second message, qui concerne l'introduction d'une prestation de préretraite, le Conseil fédéral a présenté un nouveau dispositif de retraite anticipée pour des personnes disposant de ressources modestes, soit la prestation de préretraite afin de compléter le régime de la retraite flexible dans l'AVS. Cette nouvelle prestation est soumise à une condition de ressources et ne constitue pas une prestation d'assurance. Elle s'adresse aux femmes et aux hommes de plus de 62 ans qui aujourd'hui ne peuvent pas prendre de retraite anticipée en vertu de considérations financières; concrètement, on pourrait dire qu'il s'agit de personnes dont la situation économique est trop confortable pour avoir recours aux prestations complémentaires, mais qui ne jouissent pas d'une aisance matérielle suffisante pour vivre convenablement de leurs prestations de vieillesse des premier et deuxième piliers réduites. Selon les intentions du Conseil fédéral, la prestation de préretraite n'est donc pas destinée à la couche de la population la plus pauvre, mais bien plutôt aux personnes appartenant à la classe moyenne inférieure. Ce qui est clair, selon le Conseil fédéral, c'est que l'introduction d'une prestation de préretraite serait possible uniquement si le relèvement de l'âge de la retraite des femmes devenait effective.

Contrairement au projet du Conseil fédéral, qui prévoit de fixer l'âge ordinaire de la retraite à 65 ans pour les hommes et les femmes dans le cadre de la 11e révision de l'AVS, l'initiative populaire de l'Union syndicale suisse «pour un âge de l'AVS flexible», déposée à la Chancellerie fédérale le 26 mars 2006 avec 106 507 signatures valables, prévoit de donner à tous les assurés qui ont cessé d'exercer une activité lucrative le droit à une rente de vieillesse dès 62 ans révolus.

Concrètement, cette initiative entend octroyer une rente AVS non réduite à partir de 62 ans à toutes les personnes dont le revenu annuel provenant de leur activité lucrative n'excède pas 120 000 francs. Cette initiative envisage donc une baisse générale de l'âge de la retraite. Dans son message du 21 décembre 2006, le Conseil fédéral est d'avis qu'un tel abaissement n'est pas indiqué et exposerait l'AVS à de sérieuses difficultés financières. Le rapporteur de langue allemande a illustré cela par des chiffres. Le Conseil fédéral propose donc au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative sans y opposer de contre-projet.

Voilà le résumé des trois objets qui sont aujourd'hui à l'ordre du jour de notre conseil. La commission a traité ces trois objets pendant plusieurs séances entre mai 2006 et le 15 février 2008. Elle est arrivée aux conclusions suivantes que vous trouverez dans les dépliants respectifs. Tout d'abord, en ce qui concerne les mesures relatives aux prestations, la commission a suivi le projet du Conseil fédéral avec quelques modifications sur lesquelles je reviendrai lors de la discussion par article; elle vous recommande, par 16 voix contre 9 sans abstention, d'entrer en matière sur ce projet. Ensuite, l'entrée en matière sur le projet du Conseil fédéral d'introduire une prestation de préretraite a été rejeté par la commission, par 9 voix contre 4 et 10 abstentions. Enfin, la commission vous propose, par 16 voix contre 8 et 1 abstention, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire de l'Union syndicale suisse «pour un âge de l'AVS flexible».

Le président (Bugnon André, président): La proposition de la minorité Rechsteiner Paul sur laquelle Madame Goll va s'exprimer concerne l'objet 06.107.

Goll Christine (S, ZH): Wir beantragen Ihnen, die Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter» Volk und Ständen zur Annahme zu empfehlen.

Gewerkschaften, SP und Grüne haben ein einfaches, sozialpolitisch leistungsfähiges und kostengünstiges Modell erarbeitet. Für einen tauglichen Gegenvorschlag müsste sich das Parlament heute nach dem Absturz in der Kommission gewaltig anstrengen. Denn ein soziales Flexibilisierungsmodell, das Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen keine einschneidenden lebenslangen Rentenkürzungen zumutet, ist nur zu haben, wenn auch investiert wird, und zwar nicht nur die gut 600 Millionen Franken, die durch eine Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre in die AHV-Kasse gespült würden.

Bei unserer Volksinitiative stimmt nicht nur der Gradmesser der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch das Preis-Leistungs-Verhältnis. Unser Modell könnte mit Nettokosten von rund 700 Millionen Franken einfach in die Praxis umgesetzt werden. Je eineinhalb Lohnpromille müssten die Arbeitnehmenden und die Arbeitgeberseite aufwerfen. Frauen und Männer könnten dann frei wählen, wann zwischen 62 und 65 Jahren der Zeitpunkt für die Aufgabe der Erwerbstätigkeit für sie am besten ist. Bundesräte könnten bei unserem Modell nur mit einer gekürzten Rente in die Frühpension gehen. Wer nämlich über 119 000 Franken verdient, erhält bei vorzeitigem Altersrücktritt eine versicherungsmathematische Kürzung der Rente.

Im Mai 2004 haben wir die Referendumsabstimmung gegen den AHV-Abbau haushoch gewonnen. Was ausschlaggebend war für das wuchtige Nein, haben heute Frauenorganisationen vor dem Parlamentsgebäude wieder in Erinnerung gerufen: kein höheres Frauenrentenalter ohne sozial flexibles AHV-Rentenalter! Seit mehr als einem Jahrzehnt besteht das Versprechen für die Einführung einer sozial ausgestalteten Flexibilisierung. Unsozial ist die Flexibilisierung nach unten heute nämlich, weil sie, bei einem möglichen Vorbezug von maximal zwei Jahren, happige lebenslange Rentenkürzungen beinhaltet. Frühpensionierungen sind also heute ein Privileg für Gutverdienende mit dickem Polster aus der zweiten und/oder dritten Säule. Die Flexibilisierung des Rentenalters nach oben existiert in der Praxis ebenfalls bereits. Rentenaufschub nennt sich dieser Vorgang, von dem immer wieder Bundesräte Gebrauch machen. So wäre auch Herr Couchepin heute schon Rentner, hätte er nicht seine Rente aufgeschoben, was er theoretisch bis zum Alter von 70 Jahren tun kann, vorausgesetzt, er behält seinen Job bis dann. Sollte er bis 70 AHV-Chef bleiben, hat er 31,5 Prozent oder 700 Franken pro Monat mehr AHV-Rente im Portemonnaie.

Die AHV ist finanziell kerngesund – die beste Voraussetzung also, um ein uraltes Versprechen endlich einzulösen. Die AHV-Politik muss endlich auf die sozialen Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet werden. Egal, ob der

Altersrücktritt heute freiwillig oder unfreiwillig erfolgt: Der wichtigste Grund für den Wunsch nach Frühpensionierung ist immer noch der Gesundheitszustand. Ohne sozial ausgestaltetes Flexibilisierungsmodell in der AHV wird es für die grosse Mehrheit der Arbeitnehmenden keine Frühpensionierung geben oder, je nach konjunktureller Lage, Zwangsfrühpensionierungen über die Arbeitslosen- oder die Invalidenversicherung. Es ist sozialpolitisch auch verfehlt, wenn sich der Bundesrat auf ein mickriges Bedarfsmodell für die Allerärmsten beschränkt. Die Chancen für die Annahme unserer Volksinitiative sind nach dem bisherigen bundesrätlichen und parlamentarischen Trauerspiel intakt.

Le président (Bugnon André, président): Monsieur Rechsteiner-Basel défend sa proposition de minorité de ne pas entrer en matière sur l'objet 05.093.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Blicken wir kurz zurück: Im Jahr 2004 wurde die 11. AHV-Revision von den Stimmberechtigten mit Zweidrittelmehr abgelehnt. Es war eine reine Abbauvorlage: Eine Erhöhung des Rentenalters, die Abschaffung der Witwenrente und eine Verschlechterung bei der Indexierung wurden vom Parlament beschlossen und vom Volk dann verworfen. Wenig später legte Herr Bundesrat Couchepin eine neue Abbauvorlage vor, die noch schlimmer daherkam als die vom Volk abgelehnte. Bundesrat Couchepin fuhr einen Frontalangriff auf den Mischindex: Die gesamte Indexierung sollte eingestellt werden, wenn der Stand des AHV-Fonds unter 45 Prozent fiel, und bei der Flexibilisierung wollte man lediglich 9 Prozent der Bevölkerung berücksichtigen, die, nach dem Bedarfsprinzip, beim Sozialamt ihre Vermögensverhältnisse hätten offenlegen müssen – ein Vorschlag, der von der ganzen Kommission integral verworfen wurde.

Schauen wir uns doch einmal die Entscheidungsgrundlagen an, die uns der Bundesrat jeweils zugeleitet hat: Im Jahre 1995 stand im Dreisäulenbericht, dass wir im Jahre 2006 in der AHV ein Minus von 2,5 Milliarden Franken haben würden. In Wirklichkeit hatten wir ein Plus von 2,5 Milliarden Franken. Bis 2010 prognostizierte der Dreisäulenbericht ein kumuliertes Defizit von 26 Milliarden Franken. Was haben wir in den letzten zehn Jahren in der AHV aber gehabt? Ein kumuliertes Plus von 30 Milliarden Franken. Auch in der Botschaft aus dem Jahre 2000 rechnete der Bundesrat für das Jahr 2006 mit einem Minus von 1,2 Milliarden Franken. In Wirklichkeit hatten wir in der AHV in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt immer einen Überschuss von über 2 Milliarden Franken. Der strukturelle Pessimismus im Umgang mit der AHV, der auch in der Mainstream-Presse ständig dominiert, ist nicht durch Fakten begründet. Alterung ist etwas, was wir kennen, seit es die AHV gibt: Allein seit 2002 haben wir 150 000 Altersrenten mehr, trotzdem haben wir Überschüsse.

Ich denke, nicht die AHV hat das Problem. Die AHV hat einige sehr gute Mechanismen, die einen Grossteil der Alterung auffangen können. Das eigentliche Problem haben wir doch in der zweiten Säule, wo uns die Versicherungen abkassieren und mit dem Rentenklau der gesamten Bevölkerung Hunderte von Millionen Franken ungestraft wegnehmen und wo die Verwaltungskosten zehnfach so hoch sind wie bei der AHV. Die AHV ist eine sehr effiziente, wirksame und sozial gerechte Versicherung. Sie funktioniert hervorragend, und wir wollen sie nicht abbauen, sondern stärken. Wir halten an ihr fest und möchten sie auch in bescheidenem Umfang ausbauen – wir kennen den beschränkten Handlungsspielraum –, um bei den mittleren und kleinen Einkommen die Flexibilität des Rentenalters zu ermöglichen. Denn Personen mit diesen Einkommen leben auch statistisch gesehen weniger lang, haben eine kürzere Lebenserwartung und sollten deshalb auch versicherungstechnisch dringend einen Anspruch auf eine erleichterte Frühpensionierung erhalten.

Es überrascht uns aber nicht, dass die FDP-Fraktion jetzt Nichteintreten beantragt, denn FDP und SVP möchten aus ideologischen Gründen jede AHV-Vorlage zu einer Abbau-

vorlage machen. Das ist aber leider nicht zum Wohle des Volkes und wird vom Volk nicht genehmigt; das fällt durch. Wir können und werden keine AHV-Revision unterstützen, bei welcher das Rentenalter auf Kosten der Frauen erhöht wird und bei der Flexibilisierung alle Handlungsmöglichkeiten verspielt werden. Wir haben hier einen kleinen, bescheidenen Handlungsspielraum, und diesen möchten wir nutzen. In diesem Sinne ziehe ich den Nichteintretensantrag der Minderheit zurück. Ich hoffe auf einen konstruktiven Konsens bezüglich unseres wichtigen Sozialwerkes.

Le président (Bugnon André, président): La proposition du groupe radical-libéral de renvoyer l'objet 05.093 au Conseil fédéral est défendue par Monsieur Pelli.

Pelli Fulvio (RL, TI): Es ist die Tugend eines Parlamentes, pragmatische, kurz- und mittelfristig gedachte Entscheide schnell zu fällen, vertiefte und langfristige Grundsatzentscheide hingegen weniger schnell zu fällen. Bundesrat Couchepin hat uns 2005 eine AHV-Revision unterbreitet, die zur ersten Kategorie gehört. Er wollte die schnelle Einführung von zwei Anpassungen, die so, wie sie konzipiert waren, vom Volk problemlos hätten angenommen werden können: Diese umfassten die Gleichbehandlung von Mann und Frau und die Erleichterung der Frühpensionierung für die sozial Schwächsten. Das Parlament hätte die Möglichkeit gehabt, die Vorlagen innerhalb von sechs Monaten zu verabschieden, ein Referendum hätte wahrscheinlich niemand lanciert, die Revision wäre jetzt in Kraft, die Vorbereitungen für die 12. AHV-Revision, die die Konsequenzen des Babybooms der Fünfziger- und Sechzigerjahre behandeln würde, hätte beginnen können. In der SGK hat man es aber anders gewollt, man wollte grundsätzlichere Entscheide. So hat man überlegt, gekämpft, sistiert, weiter überlegt und weiter gekämpft. Eine Grundsatzrevision ist aber auch nach drei Jahren nicht entstanden. Die pragmatische Reform ist zu einem Reförmchen geworden – dies zudem nur mit Stichentscheid. Das bedeutet, dass die Revision als Reform oder als Reförmchen noch ein paar Jahre im Parlament herumliegen wird.

Inzwischen ist die Zeit, die das Parlament für schnelle pragmatische Anpassungen der AHV zur Verfügung gehabt hat, leider verstrichen. Die Arbeiten an der Grundsatzrevision bezüglich der Konsequenzen des Babybooms der Fünfziger- und Sechzigerjahre müssen beginnen. Aufgrund dieser bitteren Vorstellungen schlagen wir Liberalen vor, direkt zur Grundsatzrevision der AHV überzugehen und auf das Reförmchen zu verzichten. Wenn wir hier im Nationalrat so entscheiden werden, wie wir Liberalen es wünschen, müssen wir auch auf die Logik verzichten, die in den vergangenen drei Jahren um sich gegriffen und die Reform paralyisiert hat. Die Grundsatzrevision der AHV setzt die Bereitschaft voraus, sie aufgrund neuer, zukunftsgerichteter Ideen zu konzipieren, die der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft Rechnung tragen. Etwas mehr Fantasie ist geboten, statt dass wir einfach weitermachen wie bisher.

Unser Dreistufenmodell zur Flexibilisierung des Pensionierungsalters sieht Folgendes vor: eine echte Flexibilisierung des Übergangs vom Arbeitsleben in die Pensionierung zwischen 62 und 70 Jahren; den Verzicht, das Pensionierungsalter als faktische Grenze anzusehen – man soll es nur als Bezugsgrösse für die Berechnung der Renten nutzen –; die Einführung von Anreizen zum Verbleib in der Arbeitswelt statt zur Frühpensionierung, insbesondere eine erhebliche Erhöhung der AHV-Rente für diejenigen, die Voll- oder Teilzeit weiterarbeiten wollen; die Einführung von Anreizen für Arbeitgeber, die Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen, und insbesondere die Korrektur der heutigen Fehlanreize, z. B. in der zweiten Säule; den Verzicht auf das Konzept der sozialen Abfederung, dafür die Möglichkeit, ab 62 Jahren Teilzeitarbeit zu leisten, kombiniert mit einer ungekürzten Teilrente. Ziel der Reform soll es deshalb sein, dass die AHV mit der Möglichkeit des Verbleibs der Arbeitnehmer in der Arbeitswelt eine solidere Basis erhält und dass mit der Möglichkeit,

Teilzeitarbeit zu leisten, der Beanspruchung bestimmter Berufsgruppen Rechnung getragen wird.

Unterstützen Sie unseren Rückweisungsantrag, haben Sie den Mut, anzuerkennen, dass ein Reförmchen nicht genügt, um das Vertrauen der Schweizerinnen und Schweizer in die AHV zu stärken. Dazu braucht es eine echte Reform, eine Reform, bei der das Rentenalter tatsächlich flexibilisiert wird. In diesem Parlament wurde ein Vorstoss einstimmig angenommen, der genau das verlangt. Wiederholen wir unsere Willensäusserung mit einem klaren Auftrag an den Bundesrat.

Meyer-Kaelin Thérèse (CEg, FR): Le groupe PDC/PEV/PVL vous propose de recommander le rejet de l'initiative populaire «pour un âge de l'AVS flexible»; il vous propose avec force aussi d'entrer en matière sur la 11e révision de l'AVS (nouvelle version), mesures relatives aux prestations, et de voter un gros non au renvoi; il vous propose aussi de ne pas entrer en matière sur l'introduction d'une prestation de préretraite qui pourrait malheureusement coûter des milliards de francs.

Voici ses arguments: l'initiative de l'USS entend octroyer une rente AVS non réduite à partir de 62 ans aux personnes dont le revenu annuel provenant de leur activité lucrative n'excède pas 119 340 francs lorsqu'elles ont cessé d'exercer une activité lucrative ou ne perçoivent plus qu'un revenu très modeste. Comme le Conseil fédéral et la commission, nous proposons de rejeter l'initiative sans y opposer de contre-projet. Par contre, la nouvelle version de la 11e révision de l'AVS, prévoyant une extension des possibilités de retraite flexible à caractère social, pourrait faire office de contre-projet indirect.

Le modèle préconisé par l'initiative tend à instaurer aussi une baisse générale de l'âge de la retraite pour les personnes exerçant une activité lucrative – s'il n'y a pas de déduction, on arriverait à cette solution –, et un abaissement général n'est pas indiqué actuellement: vous savez que l'évolution démographique n'est pas favorable à un mécanisme de ce type. Un modèle aussi généreux que celui préconisé par l'initiative, qui coûterait 779 millions de francs nets, mais 1259 millions de francs si l'on n'augmentait pas l'âge de la retraite des femmes, ne serait pas supportable par l'AVS actuellement.

Ces considérations m'amènent à vous encourager vivement à entrer en matière sur la 11e révision de l'AVS. Si cette révision est bien menée, elle peut aboutir à l'inscription dans la loi d'une flexibilisation intelligente et à une consolidation de notre premier pilier. Elle peut moderniser notre assurance avec l'harmonisation de l'âge de la retraite des hommes et des femmes, à instaurer une flexibilisation bienvenue pour les personnes qui ne peuvent pas rester dans la vie professionnelle jusqu'à l'âge légal de la retraite et permettre aux seniors, qui le peuvent et qui le souhaitent, de rester dans la vie active. Pour y parvenir, il faut allouer quelques moyens financiers à la flexibilisation de l'âge de la retraite pour les hommes et pour les femmes. Il est donc impossible de soutenir la version de la majorité de la commission, car c'est un «copier-coller» de la défunte 11e révision de l'AVS qui a été balayée par près de 70 pour cent des voix en votation populaire. Comment comprendre que certains puissent décider d'aller se casser la figure une deuxième fois contre le même mur? Je ne peux pas le comprendre.

Je vous le dis, cette révision est loin d'être inintéressante. Elle permettrait de toucher une demi-rente de 60 à 70 ans, une rente entière dès 62 ans – aujourd'hui ce n'est possible que dès 63 ans pour les hommes; elle confirme la possibilité d'ajournement de la rente jusqu'à 70 ans avec augmentation actuarielle des rentes. Personne ne parle de l'article 29bis alinéa 2 LAVS qui permet d'améliorer la rente si des cotisations sont versées après l'ouverture du droit à la rente. Elle met aussi en place un mécanisme intelligent pour l'adaptation des rentes, pour permettre aux rentiers de profiter de bonnes conditions conjoncturelles, mais aussi pour éviter que l'assurance accumule des déficits sans avoir la possibili-

lité de réagir. Nous sommes échaudés par la situation de l'assurance-invalidité.

D'intéressantes modifications du deuxième pilier pour faciliter la poursuite du travail au-delà de l'âge de la retraite font aussi partie du paquet. Ceux qui veulent renvoyer ce projet essayent de cacher leurs mauvaises décisions en commission, je le regrette, et ils renoncent de façon dommageable à tous ces avantages. Notre groupe aimerait vous convaincre qu'il faut mettre quelques moyens financiers à disposition pour la flexibilisation, si nous voulons élever l'âge de la retraite des femmes.

Pour concrétiser cette possibilité, si ma proposition de minorité III qui présente la solution la moins onéreuse pour la flexibilisation échoue, vous pourrez soutenir une intéressante proposition subsidiaire Weibel qui permet une consolidation et une flexibilisation qui pourraient finalement introduire cette modernisation au moins pour quelques années, ce qui serait bienvenu. Notre groupe soutiendra massivement cette proposition qui vise à utiliser 400 millions de francs du montant économisé dans cette révision pour aider à financer la flexibilisation; les 350 à 400 millions de francs restants serviraient à consolider notre premier pilier.

En résumé, rejetons l'initiative populaire et acceptons la 11e révision de l'AVS (nouvelle version) à caractère social. Nous ne voterons pas l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes s'il n'y a pas une aide au financement de la flexibilisation. Si la proposition de la majorité l'emporte, nous rejeterons la 11e révision de l'AVS lors du vote sur l'ensemble! Mais cette révision en vaut la peine: allons, en avant!

Robbiani Meinrado (CEg, TI): Non è affatto pensabile una 11a revisione dell'AVS senza un sistema di pensionamento flessibile a carattere sociale. A sanzionare un diverso esito sarebbe il popolo stesso che riproporrebbe il verdetto del 2004, malgrado che una parte di questo Parlamento e anche della commissione sembri essersene dimenticato o forse, probabilmente, aspetti di riuscire ad impantanare e bloccare un indirizzo di affinamento e di miglioramento dal profilo sociale dell'AVS.

Eppure, se guardiamo alla realtà, soprattutto alla realtà nel mondo del lavoro, alla realtà della sfera sociale, ci rendiamo immediatamente conto che sia l'economia che le imprese sono invischiate in un clima di grande competizione, del quale pagano un prezzo importante soprattutto i lavoratori più anziani. Del resto, è una situazione che è anche amplificata da una politica del personale delle aziende stesse, che tende a penalizzare chi è più avanti negli anni. Sotto l'aspetto della politica sociale non dovremmo nemmeno dimenticare che un modello sociale di prepensionamento è reso tanto più giustificato dal fatto che il secondo pilastro non è ancora a pieno regime, perché per ottenere le prestazioni complete del secondo pilastro bisogna avere versato i contributi per una quarantina d'anni, il che per le generazioni di entrata evidentemente non è il caso.

Se poi guardiamo alla realtà sociale, dal profilo anche di un'attenzione specifica a temi di giustizia sociale, ci rendiamo conto, come oggi di fronte al prepensionamento si verificano delle chiare disparità: una grande fetta di lavoratori rimane esclusa dalla possibilità di prepensionamento. Perché? Perché non appartengono né alle cerchie privilegiate né sono dipendenti delle grandi aziende sia pubbliche che private, che dispongono di sistemi di previdenza professionale generosi. Ma c'è un altro elemento che non va dimenticato: è la diversità di fronte alla durata di vita, alle prospettive di vita. Le categorie professionali meno qualificate, quelle che appartengono alle categorie manuali, in media hanno sovente una durata di vita inferiore. Proprio per queste categorie va introdotto un pensionamento anticipato a carattere sociale che consenta di contribuire a superare queste disparità che le penalizzano.

Per tutte queste ragioni ricade su di noi come Parlamento la precisa responsabilità di disegnare una soluzione che risponda ai bisogni odierni del mercato del lavoro e che faccia riferimento a dei criteri di carattere sociale.

Evitiamo perciò di cadere nel tranello di quella parte della commissione che ha ridotto questa revisione a una pura farsa. Ma evitiamo anche di seguire la proposta dilatoria di chi vorrebbe rispedire al Consiglio federale questa 11a revisione dell'AVS. Incamminiamoci con fermezza e determinazione verso l'11a revisione, entriamo in materia, diamo forma ad un prepensionamento a carattere sociale che consenta di fare un passo innanzi nell'affinamento e nel miglioramento del sistema AVS.

Parmelin Guy (V, VD): Trois dossiers, un seul débat et des visions diamétralement opposées pour tenter de mener à terme cette 11e révision de l'AVS! Après un premier échec devant le peuple, la priorité avait été donnée à la 5e révision de l'AI. Mais en parallèle, le Conseil fédéral a jugé qu'il fallait mettre en chantier une «miniréforme» comprenant certains aspects peu ou pas contestés de la révision rejetée par le peuple et, en quelque sorte, faire un geste en direction des auteurs de l'initiative populaire «pour un âge de l'AVS flexible», avec son projet de rente-pont financée par le biais des prestations complémentaires, cela en échange de l'élévation de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans.

Aujourd'hui, où en sommes-nous? Nous avons une initiative populaire d'une rigidité incroyable, qui a pour objectif d'offrir une retraite pour tous à 62 ans. Elle va clairement à contre-courant de tout ce qui se pratique dans les pays de l'OCDE, où les systèmes de retraite par répartition sont mis à mal. Tous sont l'objet de tentatives de réformes en profondeur afin de faire face au défi que la démographie nous pose. Les modifications prévues par l'initiative aggravent encore les difficultés financières que l'AVS doit affronter, puisqu'elles entraînent des coûts supplémentaires qui varient entre 750 millions de francs et environ 1,3 milliard de francs par année si l'âge de la retraite des femmes devait être maintenu à 64 ans. Or, les chiffres sont impitoyables et, sans réforme structurelle en profondeur, les déficits annuels des comptes de l'AVS seront la règle et iront rapidement en s'aggravant pour passer de 1,2 milliard de francs en 2015 à 4,6 milliards de francs par année en 2020 au moment où la génération 1955 partira à la retraite.

Pour le groupe UDC, ces simples évidences, sans même parler des autres problèmes posés par l'initiative au niveau du contrôle de la cessation de l'activité lucrative, par exemple, l'amènent à rejeter clairement ce texte.

Qu'en est-il des deux autres projets du Conseil fédéral? Pour nous, très clairement, dans toutes ses variantes, la question de l'âge ordinaire de la retraite est importante et l'âge du départ à la retraite doit être le même pour tous, soit 65 ans. Maintenant, à partir de là, ce sont essentiellement des considérations actuarielles qui doivent s'appliquer pour déterminer la rente en cas d'anticipation. Nous aurions certes souhaité qu'un modèle de préretraite proche de celui proposé par Monsieur Borer, basé sur le nombre d'années de cotisations, puisse voir le jour. Cela aurait permis de cibler au mieux celles et ceux qui auraient pu bénéficier d'une retraite anticipée, avec une réduction de rente limitée ou non, car nous ne voulons en aucun cas inciter des personnes à cesser une activité lucrative, sauf lorsque celles-ci ont exercé une profession qui les a «usées» ou que le revenu déterminant est des plus modestes.

Le modèle du Conseil fédéral de rente-pont, financée par le biais des prestations complémentaires, a quasiment fait l'unanimité contre lui, au point de fédérer paradoxalement les différents groupes dans la recherche d'un modèle de retraite anticipée ciblé sur les personnes qui en auraient vraiment besoin. Dans ce modèle, initialement financé par le biais des prestations complémentaires pour éviter l'exportation des prestations de préretraite à l'étranger, il est apparu très tôt que si le droit à la prestation est acquis en Suisse, celle-ci devient exportable, ce qui nous a conduit à ne pas entrer en matière sur ce projet.

Après deux ans de travaux en sous-commission puis en commission, et après avoir analysé de nombreux modèles, ce qui reste – et qui, dans le projet intitulé «Mesures relatives aux prestations» fait l'objet, à l'article 40ter, de trois pro-

positions de minorité et d'une proposition individuelle – ne peut pas non plus trouver notre assentiment. Ces variantes dans la recherche d'une flexibilité de l'AVS dont nous allons débattre ces prochaines heures sont toutes du style arrosoir, coûteuses et manquent la cible que nous voulions atteindre, soit les personnes usées par une carrière professionnelle faite de travaux particulièrement pénibles.

Après avoir renoncé à des modèles basés sur les années de cotisations, parce que source de difficultés insurmontables avec l'étranger, nous nous sommes finalement rendu compte que nous n'arrivions pas à un résultat satisfaisant dans le premier pilier. L'UDC a donc pris la seule option raisonnable de son point de vue, soit celle de rejeter le projet de rente-pont du Conseil fédéral ainsi que tous les modèles de préretraite proposés pour ne conserver que les aspects de cette 11e révision de l'AVS qui concourent à stabiliser provisoirement l'assurance avant d'attaquer la fameuse grande réforme en profondeur de tout notre régime de retraite.

En attendant, le projet issu des travaux de la commission rencontre notre appui sur de nombreux points: le relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans aboutit pour l'AVS à une économie annuelle de 620 millions de francs, et d'autres mesures, telle une adaptation des règles applicables à l'indice mixte, permettent une économie de 800 millions de francs au total par an, qui seront précieux en vue d'affronter les années difficiles à venir. Ce projet est également conçu – c'est un point sur lequel on n'insiste pas assez – afin de mieux coordonner l'anticipation des rentes AVS avec le deuxième pilier, ce qui est incontestablement un plus. Le réalisme recommande donc d'accepter le projet tel qu'il est issu des travaux de la commission dans la version de la majorité.

Il n'est pas inutile de rappeler que dans sa réponse au postulat Baumann relatif aux besoins financiers des assurances sociales pour les prochaines années, soit à l'horizon 2030, le Conseil fédéral faisait état de besoins supplémentaires annuels variant entre 14 milliards de francs par année avec une conjoncture plutôt normale, et 40 milliards de francs si cette dernière devait s'avérer poussive, et cela uniquement pour maintenir les prestations au niveau actuel. Personne ne souhaitant diminuer les prestations de 12,5 pour cent pour éviter un «crash» de tout le système, il convient donc dès aujourd'hui de faire preuve de lucidité et de réalisme, car ce qui est en jeu, mis à part l'acceptation ou non de ce projet de réforme que je qualifierai d'intermédiaire, c'est bien le maintien d'un certain équilibre entre les actifs et les retraités, entre la jeune génération, qui risque à terme de voir phagocytée de manière inacceptable une large partie de ses futures retraites – et cela nous n'en voulons pas –, et les seniors.

Maintenant, si je peux comprendre les représentants de la gauche qui tentent le forcing pour sauver d'une manière ou d'une autre une initiative dont ils savent bien, au fond d'eux-mêmes, qu'elle est mal ciblée, rigide et terriblement coûteuse, j'ai beaucoup plus de peine à suivre les représentants du PDC dans leur recherche d'un compromis, puisque celui-ci se fonde dès le départ sur des bases viciées et qui risquent fort de faire dérapier très rapidement les finances de l'AVS. Un sursaut de lucidité serait de ce côté-ci le bienvenu. Enfin, et là je m'adresse aux représentants du groupe radical-libéral, est-ce faire preuve de sérieux et du sens des responsabilités que de prôner, après plus de deux ans de travaux et en passe de former une majorité autour d'un projet qui génère tout de même 800 millions de francs d'économies en faveur de l'AVS, le renvoi pur et simple au Conseil fédéral – et donc tout simplement le statu quo – avant même que notre conseil ait commencé ses travaux? «Mieux vaut commencer tout de suite la grande réforme de l'AVS», dites-vous, Monsieur Pelli? Mais rien n'empêche de mener à terme le projet actuel et de travailler en parallèle sur un projet de 12e révision de l'AVS que vous appelez de vos vœux, tout comme nous d'ailleurs. J'espère d'ailleurs que le Conseil fédéral est déjà bien engagé dans ce projet phare, car quel que soit le sort de cette 11e révision de l'AVS, nous

n'échapperons pas au fait de passer à cette nouvelle étape, et le plus tôt sera le mieux.

Mais pour l'instant, le groupe UDC vous invite à suivre la majorité de la commission, et donc à rejeter l'initiative populaire «pour un âge de l'AVS flexible». Il vous propose, toujours comme la majorité de la commission, d'entrer en matière sur le projet «11e révision de l'AVS – Mesures relatives aux prestations» et de rejeter toutes les propositions de minorité. Enfin, il vous propose de ne pas entrer en matière sur le projet 05.094.

Rechsteiner Paul (S, SG): Es gibt in der Schweiz verschiedene gravierende Ungleichheiten. Eine der besonders stossenden Ungleichheiten in der Schweiz ist die Ungleichheit vor dem Tod, die Ungleichheit der Lebenserwartung. Jene, die schlechtbezahlte Arbeit leisten, werden zusätzlich mit einer tieferen Lebenserwartung gestraft. Männer aus der Einkommensklasse des untersten Viertels haben eine um zehn Jahre tiefere Lebenserwartung als Leute aus dem obersten Viertel. Diese einkommensmässig Bessergestellten haben eine um zehn Jahre höhere Lebenserwartung, nämlich im Durchschnitt 82 Jahre gegenüber 72 Jahren bei Männern mit niedrigem Einkommen. Das heisst, wer ein niedriges Einkommen hat, bezieht zehn Jahre weniger lang Rente als Leute, die ein hohes Einkommen haben. Das ist eine massive Ungleichheit. Diejenigen mit niedrigem Einkommen finanzieren die Rente derjenigen mit höheren Einkommen, die länger Rente beziehen.

Es geht weiter so: Wer gutbezahlte Arbeit leistet, der kann sich, wie alle Statistiken zeigen, eine Frühpensionierung leisten – im Gegensatz zu jenen mit tiefen Einkommen. Diese Ungleichheit bei der frühzeitigen Pensionierung treibt die Ungerechtigkeit gewissermassen auf die Spitze. Sie wird auch nicht dadurch korrigiert, dass bei den tiefen Einkommen die Invaliditätsquote höher ist. Das ist keine adäquate Form des Rechts auf vorzeitige Pensionierung.

Es ist jetzt Zeit, diese fundamentale Ungerechtigkeit in unserem Land bezüglich der Lebenserwartung, diese Ungleichheit vor dem Tod zu korrigieren. Dafür braucht es ein soziales flexibles Rentenalter. Versprochen wird dieses soziale flexible Rentenalter seit Langem, seit über zehn Jahren, schon seit den Zeiten von Bundesrat Cotti. Hier in diesem Saal ist die Einführung des sozialen flexiblen Rentenalters im Rahmen der 11. AHV-Revision versprochen worden. Wir wissen, dass dieses Versprechen immer wieder gebrochen worden ist, obwohl es einem dringenden sozialen Bedürfnis entspricht.

Im Jahr 2000 ist über eine Volksinitiative der Grünen abgestimmt worden, die ein Ruhestandsmodell vorschlug, dessen Umsetzung doppelt so teuer gewesen wäre wie die der Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die Ihnen jetzt vorliegt. Die Volksinitiative der Grünen Partei hat damals im Land 46 Prozent Jastimmen erzielt, und das, obschon sie der Bundesrat mit dem Versprechen auf eine sogenannt vernünftige Umsetzung des unbestrittenen Anliegens, auf eine vorzeitige Pensionierung im Rahmen der 11. AHV-Revision, die damals aufgegleist war, bekämpft hat. Dieses Versprechen ist in der Folge, mit der Erstauflage der 11. AHV-Revision, schändlich gebrochen worden. Sie können sich erinnern – obschon das politische Gedächtnis oft kurz ist –, dass diese Revision am 16. Mai 2004, nach einem «Rekord-Referendum» der Gewerkschaften, mit fast 70 Prozent Neinstimmen verworfen worden ist, obschon sie von den bürgerlichen Parteien hier im Saal geschlossen getragen wurde. Das war eine Kanterniederlage des Bundesrates, eine Kanterniederlage der bürgerlichen Parteien, die nun – und das macht es noch schlimmer – mit der Vorlage, wie sie die Kommissionsmehrheit jetzt vorschlägt, denselben Fehler wiederholen wollen. Es ist noch schlimmer als damals; die Kommissionsmehrheit will also nichts lernen aus dem, was 2004 entschieden worden ist. Sie verstösst nicht nur gegen den Volkswillen, sondern sie will gewissermassen mit dem Kopf durch die Wand. Der Wille zum Sozialabbau ist so gross, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters, verbunden mit einer Verschlechterung des Mischindex, durch-

gezogen werden soll, ohne dass ein soziales flexibles Rentenalter eingeführt werden soll. Eine solche Vorlage wird wieder Schiffbruch erleiden, sie ist absolut chancenlos und unhaltbar.

Die Gründe für ein soziales flexibles Rentenalter sind zwingend. Wie bereits gesagt, ist dieses soziale flexible Rentenalter heute ein Privileg von Leuten mit hohem Einkommen und einer Minderheit gut ausgebauter Pensionskassen. Aber alle in diesem Land haben das Recht, diese Möglichkeit zu erhalten – auch jene mit unteren und mittleren Einkommen. Wer zwischen 62 und 65 Jahren bei guter Gesundheit ist, wer am Arbeitsplatz anständig behandelt wird, wer anständig verdient, soll weiterarbeiten können. Er wird im Normalfall auch weiterarbeiten, denn mit der Arbeit verdient man ja weit mehr als mit der Rente. Wer aber umgekehrt in diesem Alter zwischen 62 und 65 Jahren gesundheitliche Probleme hat, wer findet, es reiche jetzt, wer den Stress nicht mehr erträgt, der soll sich in diesem Alter entscheiden können, ganz oder teilweise aufzuhören. Das ist das Konzept, das Modell der Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes; es ist das sozialste Modell, um dieses Anliegen umzusetzen. Nur die besseren Anträge aus der Kommission versetzen uns in die Lage, wenigstens einen Schritt in diese Richtung zu machen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ... (*Zwischenruf des Präsidenten: Ihre Redezeit ist abgelaufen. Für die sozialdemokratische Fraktion sprechen zwei Redner.*) Ich bin der einzige Redner der sozialdemokratischen Fraktion. (*Unruhe*) Wenn mir gesagt wird, die Fraktionen würden 10 Minuten Redezeit haben, dann haben sie 10 Minuten Redezeit.

Egal: Ich möchte Ihnen noch eine wesentliche Überlegung vortragen. Die besseren Modelle der Kommissionsminderheiten bis und mit dem Antrag der Minderheit Meyer Thérèse haben immerhin den Vorzug, dass sie einen Schritt in die richtige Richtung machen und deshalb unterstützt werden können. Das gilt für die anderen Modelle nicht, weil sie am Schluss reinen Sozialabbau betreiben würden. Sie haben aber gegenüber dem Modell der Volksinitiative trotzdem den Nachteil, dass sie auf die unteren Einkommen ausgerichtet sind. Das Bedürfnis nach einem flexiblen Rentenalter ist aber nicht nur ein Bedürfnis von Menschen mit tiefen Einkommen, sondern auch ein Bedürfnis von solchen mit mittleren Einkommen. Sowohl für die tiefen wie auch für die mittleren Einkommen ist die AHV die Voraussetzung für die Umsetzung dieses Anliegens; ohne AHV geht das nicht.

Was man auch sagen muss – das ist sehr wesentlich –: Das Bedürfnis nach der Möglichkeit einer vorzeitigen Pensionierung ist heute weitherum anerkannt. Die Banken werben dafür, dass diese Möglichkeit realisiert werden kann, und auch das Versicherungszentrum schaltet permanent Inse-
rate für die Umsetzung dieses Anliegens; aber das sind eben private Versicherungslösungen. Private Versicherungslösungen kommen x-mal teurer als die Realisierung dieses Anliegens in der AHV. Es gibt keine günstigere Umsetzung dieses Anliegens als über die AHV. Die Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes benötigt Mittel von netto rund 3 Lohnpromillen, zwischen 700 und 800 Millionen Franken. Das ist ausserordentlich günstig für die Umsetzung und Finanzierung dieses sozialen Anliegens, dieses sozialen Bedürfnisses. Deshalb ist es nötig, hier bei der AHV anzufangen; ohne AHV ist die Realisierung dieses Anliegens für untere und mittlere Einkommen nicht möglich.

Es ist nun an der Zeit, die AHV als wichtigstes Sozialwerk den heutigen sozialen Bedürfnissen anzupassen; das aber nicht in der Form des Sozialabbaus, wie er von Herrn Pelli im Namen der Freisinnigen angepriesen wird, im Stile von Sozialabbau. Wer steht denn hier für die Zukunft der AHV: Herr Couchepin und Herr Triponez, begleitet und flankiert durch Herrn Bortoluzzi? Das kann nicht die Zukunft der AHV sein. Wir brauchen wieder eine Orientierung an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung mit unteren und mittleren Einkommen.

Ich bitte Sie deshalb, die Volksinitiative zur Annahme zu empfehlen, mindestens aber einem der Modelle aus der

Kommission, welche ein soziales, flexibles Rentenalter effektiv ermöglichen, zuzustimmen.

Ruey Claude (RL, VD): Inutile de le dire: le monde change, la société évolue, la vie se transforme et incontestablement les circonstances présentes n'ont plus rien à voir avec ce qui se passait il y a soixante ans, au début de l'AVS. Nous ne pouvons donc plus agir comme si nous ne le savions pas; nous ne pouvons plus ignorer cette réalité, fermer les yeux et ne pas tenir compte de l'évolution; nous ne pouvons plus poursuivre nos petits bricolages. Et quand on voit tous les aguillages que l'on fait pour subventionner des retraites anticipées aux frais des jeunes générations, nous ne pouvons plus aller dans ce sens-là. Il est temps de changer de paradigme et de passer à une révision beaucoup plus fondamentale de l'AVS.

Il s'agit donc de sortir du purement quantitatif pour passer au qualitatif et revoir globalement le fonctionnement de cette assurance, car nous voulons en assurer la pérennité; nous voulons garantir des rentes aux générations futures sans charger plus les générations des jeunes. Voilà pourquoi le groupe radical-libéral vous invite à soutenir sa proposition de renvoyer le projet 05.093 au Conseil fédéral.

Le monde change, je le répète, nous le savons tous. La démographie n'est plus celle que nous avons à l'époque; le nombre de personnes âgées augmente, c'est un fait; la durée de vie s'allonge, c'est un fait aussi. C'est grâce aux progrès de la médecine, au progrès social et économique aussi. Le nombre de naissances diminue parallèlement. S'il y avait – et j'ai dû l'expliquer à certains de mes concitoyens – 6,5 personnes pour financer une rente en 1948, il n'y en aura bientôt plus que deux, soit trois fois moins; on ne peut pas l'ignorer. Heureusement, il est vrai, la croissance économique a pu compenser partiellement ce phénomène, mais on ne peut pas ignorer ces changements à moins de vouloir pratiquer la politique de l'autruche.

Cette même démographie nous montre que si la génération des baby-boomers est sur le point de prendre sa retraite maintenant, il y aura sans aucun doute un déficit de main-d'oeuvre et de personnel dans nos entreprises du fait de la diminution du nombre de jeunes actifs entrant sur le marché. Nous avons donc, et nous aurons donc, un besoin accru de main-d'oeuvre, notamment de personnes qui auront dépassé l'âge de 65 ans. Si aujourd'hui on peut effectivement constater que des personnes de 55 ans et plus ont parfois de la peine à se placer sur le marché du travail, cette vérité d'aujourd'hui ne sera plus vraie demain.

L'économie change elle aussi. Si, à l'époque de l'AVS, on était en pleine période de croissance et si nous avons connu les Trente Glorieuses, nous ne sommes plus dans cette phase de croissance exponentielle. Nous devons bien sûr contribuer à maintenir la croissance, mais nous devons savoir qu'elle ne sera plus celle des années 1960. Tout notre système de prévoyance ne peut donc pas reposer sur une croissance extraordinaire et exceptionnelle. Les circonstances de la vie, elles-mêmes, ont changé. Grâce aux progrès de la médecine, je l'ai dit, l'espérance de vie a augmenté. Mais pas seulement l'espérance de vie, l'espérance de santé elle aussi s'est allongée de manière encore plus forte. Et l'espérance de santé conduit à ce que des gens qui, autrefois, auraient été considérés comme des petits vieux sont heureusement aujourd'hui des personnes en pleine forme physiquement, capables aussi bien sur le plan pratique que sur le plan intellectuel de rester actives plus longtemps qu'autrefois.

Les carrières professionnelles elles-mêmes ont changé. Si autrefois on pouvait commencer comme aide-caissier à l'UBS, puis penser devenir caissier, puis chef caissier, puis chef comptable, puis enfin chef de secteur et avoir une retraite qu'on connaissait à l'avance, aujourd'hui les carrières linéaires n'existent plus, ou presque plus. On change d'entreprise, on change de métier, et l'apogée des salaires n'est plus en fin de carrière, mais parfois en milieu de carrière, quand ce n'est pas durant le premier tiers de cette dernière. Ceci aussi est un paradigme qui a changé. Les change-

ments de poste, les changements de fonction, les temps partiels sont beaucoup plus fréquents. Dès lors, nos systèmes de retraite doivent pouvoir en tenir compte. Voilà quelques exemples des modifications fondamentales que connaît notre société et dont nous devons tenir compte lorsque nous devons revisiter notre organisation d'assurance sociale pour personnes âgées.

Il faut dire que lorsque l'on parle du problème démographique et qu'on essaie de le résoudre, on se heurte constamment à des blocages politiques. Grossièrement parlant, il y a trois solutions possibles, pas forcément concurrentes, mais complémentaires.

La première, c'est la voie de la natalité. Or on sait bien que la politique nataliste n'a quasiment aucun succès. Toutes les études le montrent: cela n'a que peu d'influence.

Une deuxième solution, c'est de permettre de travailler plus longtemps et de relever l'âge de la retraite. Mais on sait bien que ces propositions-là se sont heurtées au conservatisme syndical et de la gauche et qu'il n'y a pas de percée possible à ce sujet.

Il y a une troisième solution possible: c'est l'immigration, pour permettre effectivement, avec une immigration contrôlée peut-être, d'accroître la population en Suisse. Et là encore, il y a des blocages politiques, puisque vous savez que ces blocages sont savamment entretenus par ceux qui font de la peur de l'étranger leur fonds de commerce.

Trois blocages! Et tous ces blocages ne peuvent conduire qu'à la difficulté et à la ruine. C'est parce que nous voulons sortir de ces blocages que la proposition de renvoi du groupe radical-libéral prend toute sa signification. Plutôt que d'en rester à un âge unique, imposé, limite, de retraite dans l'AVS, mieux vaut choisir la flexibilité, la vraie, et mieux voir le problème de manière globale. Trouver des solutions globales, ce n'est pas se préoccuper que de l'AVS, c'est se préoccuper aussi du deuxième pilier, de la prévoyance professionnelle, ainsi que du troisième pilier. C'est ce qu'ont fait les motion, proposition et initiative parlementaire Heberlein, Huber et Beck. Pourquoi? Eh bien, parce que nous voulons que chacun puisse avoir de meilleures possibilités d'effectuer un libre choix de mener sa vie, que l'on sorte des contraintes tatillonnes et administratives pour aller vers une flexibilisation de l'âge de la retraite accompagnée d'incitations à rester dans la vie active, et non pas de découragements à travailler plus longtemps.

Fixer une limite d'âge unique et quasi obligatoire est dépassé, je le répète. Mieux vaut permettre de flexibiliser, aussi bien vers le haut que vers le bas: nous avons dit de 62 à 70 ans, conformément à ce qui se passe dans tous les pays d'Europe. Regardez les rapports de l'OCDE: partout on adapte de manière globale, ce qui permet des retraits partiels de la vie professionnelle, ce qui permet de prévoir des retraits progressifs, ce qui permet de bénéficier de l'expérience des anciens qui contribuent à la formation des jeunes travailleurs. Cela, ce n'est pas de la théorie.

Dans un rapport présenté à Helsinki dans le cadre de la Conférence internationale de recherche en sécurité sociale en 2000, Madame Geneviève Reday-Mulvey précisait que la retraite progressive est favorable tant aux employeurs qu'aux employés, que c'est une solution «win-win». Pour l'employeur, cela diminue le coût horaire du temps de travail, augmente la productivité du travailleur, permet de conserver l'expérience et les compétences spécifiques du travailleur, diminue l'absentéisme, permet d'augmenter la motivation et la satisfaction au travail, permet d'employer les travailleurs en fin de carrière dans des fonctions de formation. Pour l'employé, la retraite progressive permet l'adaptation à ses capacités changeantes, une diminution du stress puisqu'il réduit son temps de travail, un accroissement corollaire de la satisfaction au travail, donne la possibilité de continuer à bénéficier d'une intégration professionnelle plutôt que d'être exclu du monde du travail, la possibilité de se consacrer à des loisirs et d'autres engagements dans la cité tout en conservant un travail et, enfin, assure une transition bénéfique nécessaire entre une carrière complète et une retraite totale. Dans un tel cas, on n'est plus atteint par la limite d'âge –

«être atteint par la limite d'âge», quelle horrible expression! –, au contraire, on peut decrescendo, progressivement modifier ses conditions de vie sans à-coups ni couperet.

Voilà ce qui nous invite à agir de manière globale et à vous proposer de ne pas adopter les propositions qui sont sur la table aujourd'hui. Elles ne permettent pas d'atteindre ces objectifs. Elles ne sont que coûteuses dans certains cas, elles ne sont que tatillonnes et administratives dans d'autres. Or, je le répète, il s'agit, et c'est essentiel, d'assurer la sécurité de notre premier pilier, d'éviter de charger plus les jeunes générations et, enfin, de tenir compte de l'évolution de la vie en assurant plus de liberté et de souplesse pour chacun. C'est la raison pour laquelle je vous invite à soutenir la proposition de renvoi du groupe radical-libéral.

Widmer Hans (S, LU): Herr Ruey, Sie haben in hohen Tönen, euphorisch, die Veränderung der Gesellschaft geschildert. Haben Sie auch schon auf Baustellen mit Menschen gesprochen, die über 60 Jahre alt sind? Haben Sie auch schon mit Ärzten gesprochen, die sehr viele Menschen zwischen 62 und 65 behandeln müssen?

Ruey Claude (RL, VD): Vous avez parfaitement raison. Je l'ai même fait en allemand, ayant eu l'occasion de voir des chantiers à Berlin dans le cadre de mes cours d'allemand, et j'ai eu l'occasion d'avoir cette discussion. Effectivement, ces questions-là doivent être réglées dans le cadre des branches professionnelles, et peut-être avec des solutions sociales pour ces cas-là – j'avais d'ailleurs fait en commission une proposition de ce type qui n'a pas été acceptée.

Meyer-Kaelin Thérèse (CEg, FR): Monsieur Ruey, en 2002/03, nous avions un projet (00.014) qui prévoyait d'économiser 700 millions de francs, avec 400 millions de francs alloués à la flexibilisation de l'âge de la retraite. Le Parlement, notamment votre groupe, n'a pas adopté le projet. Etes-vous conscient que vous avez renoncé à 700 millions de francs d'économies par an pendant toutes ces années et qu'en disant: «Attendez la suite», vous dites de nouveau la même chose sans présenter de solution?

Ruey Claude (RL, VD): Nous ne disons pas: «Attendez la suite», nous disons: «Arrêtons de subventionner les retraites anticipées.» Trouvons un autre système, comme le font les autres pays de l'OCDE.

Zisyadis Josef (G, VD): Monsieur Ruey, je voudrais vous poser une question: étant un jeune retraité, qui a touché des indemnités après douze ans d'activité au Conseil d'Etat du canton de Vaud, est-ce que vous n'auriez pas dû déclarer vos intérêts avant de parler?

Ruey Claude (RL, VD): Il est de notoriété publique qu'un ancien conseiller d'Etat a droit à des indemnités après son départ de l'exécutif. Je peux encore vous indiquer que j'en reverse une bonne partie à l'Etat de Vaud, mais que cela ne concerne pas, effectivement, le Conseil national, même si, pour un jeune retraité – comme vous dites –, je travaille comme vous, sans doute, 70 à 75 heures par semaine.

Leuenberger Ueli (G, GE): La proposition que la majorité de la commission soumet à notre conseil est inacceptable. Les Verts affirment très clairement qu'il s'agit d'un projet misogyne, inadapté au marché du travail et contraire aux attentes de l'immense majorité de la population du pays. Au lieu d'un effort pour financer une réelle flexibilisation pour toutes et tous et non seulement pour les nantis de notre pays, on nous propose un exercice d'économies sur le dos des femmes.

Lors de sa dernière séance, la commission a fini par rejeter tous les modèles de flexibilisation élaborés par sa sous-commission. La commission propose le relèvement de l'âge de la retraite à 65 ans pour les femmes sans contrepartie. C'est un véritable affront envers les femmes. On ne tient toujours pas compte du fait que l'immense majorité des femmes

se taillent la part du lion des tâches domestiques et éducatives non rémunérées. On ne tient toujours pas compte du fait que la majorité des femmes sont mal assurées au niveau du deuxième pilier ou n'en ont tout simplement pas. C'est aussi un mépris envers toutes celles et tous ceux qui, à cause de leur faible revenu, de leur mauvais deuxième pilier et de l'absence d'un compte en banque bien garni ne peuvent tout simplement pas s'offrir une préretraite. Par ailleurs, il s'agit souvent d'employées et d'employés qui exercent ou qui ont exercé des métiers usants et peu gratifiants. On ne tient pas compte non plus de la réalité des personnes de plus de 55 ans qui ont souvent les plus grandes difficultés à retrouver un emploi.

Je rappelle une fois de plus que l'initiative populaire des Verts «pour une retraite à la carte dès 62 ans, tant pour les femmes que pour les hommes» a été plébiscitée en 2000 par 46 pour cent des votants. Les cantons latins l'ont acceptée. Je rappelle également qu'en mai 2004, deux tiers des votants ont rejeté la première mouture de la 11e révision de l'AVS. Les citoyennes et les citoyens de notre pays ont ainsi clairement exprimé que la révision de l'AVS doit aller en direction d'une véritable flexibilisation, et qu'elle ne doit pas se faire sur le dos des femmes. Les promesses faites à maintes reprises se réduisent comme peau de chagrin; les Verts vous demandent de vous engager pour un départ digne à la retraite.

Nous rejetons la proposition de la majorité et soutenons prioritairement le modèle qui prévoit de mettre 800 millions de francs supplémentaires à disposition d'une véritable flexibilisation, modèle qui représenterait un contre-projet valable à l'initiative populaire de l'Union syndicale suisse. Nous avons aussi quelque peine à comprendre les manoeuvres de dernière minute du groupe radical-libéral, qui aurait eu tout loisir pendant les longs travaux de la commission de proposer d'autres choses que les «réformettes» que dénonce Monsieur Pelli.

Fasel Hugo (G, FR): Die 11. AHV-Revision ist ein Marathon, ein Marathon mit sehr vielen Ausfällen.

Den ersten Ausfall hatten wir im Jahr 2004, als das Volk die 11. AHV-Revision mit aller Deutlichkeit und klarer Mehrheit, mit 68 Prozent, also klar und deutlich, abgelehnt hat, weil sie nur eine Abbauvorlage war und zur Flexibilisierung des Rentenalters nichts sagte.

Der zweite Ausfall an diesem Marathon war dann die vom Bundesrat vorgeschlagene Ruhestandsleistung, bei der wir feststellen, dass sie sich aufgrund neuer Koordinationsgesetzgebungen in der EU nicht mehr umsetzen lässt.

Der dritte Ausfall an diesem Marathon: Das Modell der Beitragsjahre ist auch nicht praktikabel.

Der vierte Ausfall an diesem Marathon ist der Rückzug der SVP. Ursprünglich war unter der Führung von Herrn Bortoluzzi ein klares Modell im Vordergrund, nämlich eine Flexibilisierung für Berufe und Einkommenskategorien wie Schreiner, Chauffeur usw. zu ermöglichen. Davon hat sich die SVP zurückgezogen; ein Ausfall mehr.

Der fünfte Ausfall an diesem Marathon ist derjenige der FDP. Das ist eigentlich die grösste Überraschung. Das habe ich noch nie erlebt, Herr Pelli: Die FDP weist sich selber zurück! Zuerst hat sie in der Kommission vorgeschlagen, das Rentenalter einfach «nackt» zu erhöhen. Mit diesem Vorschlag hat die FDP in der Kommission gewonnen; jetzt rennt sie vor ihrem eigenen Vorschlag davon. Was mich zweitens auch erstaunt hat, Herr Pelli: Sie haben von einem Dreistufenmodell gesprochen. In den Beratungen der letzten zwei Jahre hat die FDP kein einziges Mal ein solches Dreistufenmodell in die Kommission eingebracht; kein einziges Mal! Dritte Überraschung bei diesem Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion: Sie möchte Anreize für ein längeres Arbeiten. Genau diese Passage ist in dieser Revision drin. Ich hoffe, Sie haben sie gelesen.

Der sechste Ausfall an diesem Marathon ist derjenige des Starläufers des Marathons, nämlich von Herrn Bundespräsident Couchepin. Er hat den Medien mitgeteilt, man solle doch die Übung abbrechen und neu beginnen. Das heisst,

Herr Bundespräsident Couchepin sagt uns: Beginnen wir doch den Marathon von Neuem. Das würde dann heissen, dass sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin das Geschäft neu starten kann.

Tatsächlich: Die 11. AHV-Revision ist ein Marathon. Die besten Marathonläufer waren bisher die Grünen. Sie haben bereits Ende der Neunzigerjahre mit einer Volksinitiative das flexible Rentenalter an die Hand genommen und sind vor dem Volk nur knapp gescheitert. Deshalb müssen wir überlegen, wo wir heute stehen. Der Altersrücktritt liegt heute bei 64/65 Jahren. Allerdings ist für das Rentenalter die zweite Säule viel wichtiger, und da wissen wir, dass man nach dem System der zweiten Säule bereits mit 58 Jahren in Pension gehen kann. Wir wissen: Mehr als 50 Prozent der Kategorie jener, die heute ein Jahreseinkommen von mehr als 100 000 Franken haben, gehen vorzeitig in Pension. Wir wissen auch: Zwei Drittel derjenigen, die aus der zweiten Säule eine Rente von mehr als 1900 Franken pro Monat bekommen, gehen auch vorzeitig in Pension. Das heisst: Über die zweite Säule ist die Flexibilisierung des Rentenalters längst zu einem Privileg der Gutverdienenden geworden. Das aktuelle Rentenalter hat vor allem seine harte Gültigkeit für untere und mittlere Einkommenskategorien. Es ist deshalb ein Gebot der Gerechtigkeit und der Fairness, in der AHV auch Personen mit mittleren Einkommen die Möglichkeit zu geben, einen früheren Altersrücktritt zu vollziehen. Dafür sprechen auch gesundheitliche Gründe und die Flexibilität des Arbeitsmarktes. Wenn die Konjunktur gut läuft – das wissen wir –, so sind ältere Arbeitnehmende, sofern ihre Gesundheit es erlaubt, am Arbeitsmarkt sehr gefragt. Das regelt sich selber. Wer hingegen in konjunkturell schlechten Zeiten mit 60 entlassen wird, hat keine Chance mehr.

Ich bitte Sie deshalb, nun diesen Marathon doch abzuschliessen und mit etwas Mut die Flexibilisierung für mittlere und untere Einkommensschichten zu realisieren. Die Betroffenen verdienen es.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Gerne ergreife ich zu diesem Thema als Stimme der Jugend das Wort.

Wenn ich die Bevölkerungsanteile bezüglich AHV zum Beispiel am Bild eines Baumes betrachte, stelle ich Folgendes fest: Wir haben einen dünnen Stamm an Einzahlenden und eine dicke Baumkrone an Rentenbezügern und Rentenbezüglerinnen. Umgekehrt wäre es viel besser: Hätte man einen dicken Stamm an Einzahlenden und eine dünne Krone, dann wäre die AHV gegen den Gegenwind in Zukunft geschützt.

Die Lebenserwartung steigt an, das ist eine Tatsache. In Zahlen: Wenn wir das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentenbezügern betrachten, sehen wir, dass es im Moment 4 zu 1 beträgt; 2040 wird es 2 zu 1 betragen. Wie wir das bezahlen wollen, lässt die SP leider völlig offen. Wir belasten somit die Beitragszahlenden und die Jungen in der Bevölkerung massiv, was künftig die Kaufkraft ganz klar absenken wird. Ich appelliere an die Einhaltung des Generationenvertrages, denn auch die Solidarität mit unserer Jungbevölkerung muss wiederhergestellt werden, wir können nicht auf Pump leben. Die Folge: Die AHV wird in der jungen Bevölkerung nicht mehr akzeptiert; man zahlt einfach ein, aber ob man jemals etwas davon zurückkriegt, steht in den Sternen. Die SP-Initiative ist genau das Gegenteil dessen, was die Demografie verlangt. Die SP-Initiative macht genau das Gegenteil dessen, was wir wollen. Die SP-Initiative ist die Schaufel, mit der das Grab der AHV ausgehoben wird. Wir Jungen, die jetzt bezahlen, bezahlen nachher die Zeche dafür, und das lassen wir uns nicht bieten. Unsere Generation hat auch einen Anspruch auf AHV-Leistungen.

Welche Lösungen gibt es? «Pflasterpolitik» wollen wir Freisinnigen eben nicht. Wir müssen endlich zu groben Reformen übergehen. Wenn wir einen AHV-Topf haben, müssen wir uns überlegen, was in den AHV-Topf reinkommt; das bestimmt dann, was überhaupt rausgehen kann. Alles andere ist einfach Augenwischerei. Wir müssen ein Gleichgewicht herstellen, welches die Einnahmen und die Ausgaben aus dem AHV-Topf berücksichtigt. Wie wird das geschehen? Wir

müssen die Demografie und die Wirtschaft als Kernfaktoren für die AHV definieren, die dann die Höhe der Renten bestimmen. Die soziale Abfederung, die vor allem von Ihrer Seite gewünscht wird, ist mit den Ergänzungsleistungen weitgehend abgedeckt.

Hören wir also auf mit der willkürlichen Festlegung eines fixen Rentenalters, gehen wir endlich über zu einer Flexibilisierung, denn nur so kommen wir vorwärts. Insbesondere muss die Flexibilisierung aus Gründen der Demografie auch gegen oben offen sein. Liebe Gewerkschaftler, liebe Vertreterinnen und Vertreter der SP, öffnen Sie die Augen, es geht nicht anders; schauen Sie die Statistiken an, die Demografie entwickelt sich nicht so, wie Sie denken. Es geht umgekehrt, und jetzt müssen wir die Pflöcke einschlagen und die Entscheide für eine solide AHV treffen.

Das Zweite ist die Wirtschaft: Was aus dem AHV-Topf an Renten ausbezahlt wird, muss von der Wirtschaftslage, z. B. dem BIP, abhängen. Sonst leben wir bei einer schlechten Wirtschaftslage ebenfalls auf Pump.

Was ziehe ich für ein Fazit? Genau die Leute, die ein hohes Einkommen haben, sollten länger arbeiten können. Das ist ein doppelter Gewinn: Erstens beziehen sie noch keine AHV-Rente, und zweitens zahlen sie mit ihrem hohen Lohn viel in die AHV ein. Aber um diesen doppelten Gewinn realisieren zu können, müssen wir eine Flexibilisierung zustande bringen.

Jetzt ist es an der Zeit für eine umfassende AHV-Revision. Ich habe es vorhin gesagt: Momentan finanzieren vier Erwerbstätige einen Rentner; in ein paar Jahren werden zwei Erwerbstätige einen Rentner finanzieren. Also müssen wir die Augen öffnen. Ich schaue vor allem zur linken Seite des Rates – wir müssen jetzt die Augen öffnen, jetzt die richtigen Entscheide fällen, wir dürfen uns nicht immer auf die Grabenkämpfe einlassen. Denn ich will Generationengerechtigkeit; was heute diskutiert wird, geht vor allem die Jungen etwas an. Wir müssten dann für falsche Entscheide die Zeche zahlen, und das will ich nicht.

Deshalb lehne ich diese Volksinitiative vehement ab.

Weibel Thomas (CEg, ZH): Die AHV steht zwar momentan finanziell noch gut da und schreibt Milliardengewinne, aber es ist absehbar, dass sich dies ändern wird. Ich orientiere mich gerne am Managementmodell der Delfine. Diese klugen Tiere schwimmen nicht über jede Welle, sondern sie tauchen unter den Wellenbergen hindurch; somit ist der Fall ins Wellental jeweils viel geringer. Wir müssen also vorausdenken. Wenn wir das tun, kommen wir zum Schluss, dass wir jetzt Gegensteuer geben müssen und nicht neue Ausgaben beschliessen können.

Mit diesem Bild vor Augen blicke ich auf die weitere Verschlechterung als Folge der Alterspyramide, die sich in der Schweiz verschiebt. Die Auswirkungen können zwar beispielsweise durch Produktivitätssteigerung bei der beitragszahlenden Bevölkerung gemildert, aber eben nur gemildert und nicht kompensiert werden. Deshalb habe ich ein gewisses Verständnis für diejenigen Ratsmitglieder, welche die Einsparungen in den Vordergrund stellen. Aber über das notwendige Mass gehen die Einschätzungen je nach Expertenmeinung weit auseinander. Das ist bei Prognosen auch keine Seltenheit. Die reale Entwicklung wird voraussichtlich irgendwo zwischen den extremen Szenarien verlaufen. Wir dürfen aber nicht ein Schwarz-Weiss-Bild mit den Extremen malen, wir müssen auch Farben oder zumindest Grautöne ins Bild einbringen.

Heute müssen Sie für sich drei Fragen beantworten:

1. Wollen wir eine AHV-Revision beschliessen? Die Grünliberalen teilen die Einschätzung des Bundespräsidenten und der FDP-Fraktion nicht, es sei besser, die Revision mit kleinen Korrekturen jetzt abzubrechen und zu einem grossen Wurf – zur 12. AHV-Revision – anzusetzen. Das bedeutet: zurück auf Feld 1. Ich bestreite die Notwendigkeit von tiefgreifenden Änderungen für die AHV nicht. Aber es ist unrealistisch, zu erwarten, dass das Parlament in der Lage sein wird, innert der ins Auge gefassten Frist von drei Jahren eine mehrheitsfähige Reform zu erarbeiten. Die heute zu disku-

tierenden Vorschläge belehren uns nämlich eines Besseren. Wo stehen wir nach rund drei Jahren Kommissionsarbeit für ein «Reförmchen», wie es genannt worden ist? Deshalb müssen wir mit der 11. AHV-Revision notwendige Verbesserungen realisieren, bevor eine nächste Revision angestossen wird. Bei einem Scheitern wäre das Thema wohl für die nächsten Jahre vom Tisch. Ein Scherbenhaufen nützt letztlich niemandem und kann deshalb auch in niemandes Interesse sein. Sparbemühungen wie auch die Flexibilisierung wären für Jahre blockiert. Entsprechend haben wir absolut kein Verständnis für den Rückweisungsantrag betreffend die leistungsseitige AHV-Revision. Demgegenüber verlangt die Volksinitiative Mehrausgaben, welche den Fortbestand des einmaligen Sozialwerkes AHV ernsthaft gefährden. Das können wir selbstverständlich nicht mitverantworten.

2. Wollen wir eine Vorlage beschliessen, welche in einer Volksabstimmung eine Chance hat? Wenn wir diese Frage mit Ja beantworten, bedeutet dies, dass die Vorlage zwingend eine gewisse Flexibilisierung des Rentenalters auch nach unten beinhalten muss. Auch wenn die Erhöhung des Frauenrentenalters in der Bevölkerung an Akzeptanz gewinnt: Eine reine Sparvorlage war an der Urne 2004 chancenlos, und sie ist aus unserer Sicht – basierend auf unzähligen Gesprächen mit der Bevölkerung – auch heute nicht mehrheitsfähig. Denn es ist ebenso erwiesen, dass es Arbeitende bzw. ganze Branchen gibt, welche auf eine erleichterte Frührentierung angewiesen sind.

3. Wie viel Geld wollen wir für die sozialverträgliche Abfederung der Flexibilisierung bereitstellen? Auch im Privaten werden Sie, bevor Sie eine Ausgabe tätigen, den maximal auszubehaltenden Betrag festlegen. Erst dann können Sie sich entscheiden – ich nehme ein allgemeinverständliches Beispiel –, ob Sie ein Fiat-Panda-Erdgas- oder ein Lexus-Hybridauto kaufen und welche Ausstattung Sie wählen wollen.

Erst wenn wir die Antworten auf diese Fragen kennen, macht es Sinn weiterzudiskutieren. Der von mir eingebrachte Eventualantrag zu Artikel 40ter zeigt einen gangbaren Weg auf. Er setzt 400 Millionen Franken für die erleichterte Frührentierung ein und spart einen ebenso grossen Betrag. Damit ist er sowohl aus Sicht der AHV-Kasse als auch aus Sicht der besonders betroffenen Arbeitenden mit geringen Einkommen vertretbar.

Lang Josef (G, ZG): Werter Kollege Wasserfallen, die Stabilität der sozialen Sicherheit hängt nur nebensächlich von der Demografie, aber hauptsächlich von der wirtschaftlichen Produktivität und damit von den Löhnen ab. Der ehemalige bundesdeutsche Sozialminister Norbert Blüm hat in einer ähnlichen Debatte einmal darauf hingewiesen, dass 1946 niemand geglaubt hätte, dass dereinst ein Viertel der Bauern eine doppelt so grosse Bevölkerung ernähren könnte. Das ist das Bild, das in diese Diskussion passt.

Als in der Schweiz die AHV eingeführt wurde, betrug das Verhältnis zwischen Beschäftigten und Personen im Rentenalter 4,5 zu 1, gemessen an rechnerischen Vollzeitstellen. Heute liegt es bei 2,5 zu 1. Im Jahre 2030 dürfte es in der Grössenordnung etwas unter 2 zu 1 sein. Wichtiger als die Demografie ist das Faktum, dass sich von 1950 bis 2006 die Reallöhne fast vervierfacht haben. In der Zeit von 1950 bis heute, in der sich das Verhältnis von Zahlenden gegenüber Beziehenden halbiert hat – wir haben die grosse Veränderung hinter uns, nicht vor uns –, ist zudem die AHV stark ausgebaut worden. Trotzdem ist die AHV kerngesund. In den letzten fünf Jahren nahm die AHV Jahr für Jahr mindestens 2 Milliarden Franken mehr ein, als sie ausgab. Sie erreichte diese Überschüsse, obwohl die Zahl der Rentnerinnen und Rentner in diesem Zeitraum um etwa 15 Prozent, die der Erwerbstätigen bloss um etwa 7 Prozent stieg.

Der Bundesrat war in seiner Botschaft zur 11. AHV-Revision im Jahre 2000 davon ausgegangen, dass die AHV beispielsweise in den Jahren 2005 und 2006 ein Defizit in der Grössenordnung von je 1,5 Milliarden Franken aufweisen würde. Tatsächlich wurden Überschüsse von je 2,5 Milliarden Franken erzielt. Der Bundesrat hatte sich pro Jahr um 4 Milliar-

